

<p>Vorab per E-Mail an: Investitionsfoerderung- Pflegeschulen@brms.nrw.de</p> <p>Bezirksregierung Münster</p> <p>Domplatz 36</p> <p>48143 Münster</p>

**Antrag
zum
Förderaufruf**

Datum: _____

**Antrag für eine Förderung entsprechend dem Förderaufruf zum
„Investitionsprogramm für Pflegeschulen“**

Förderaufruf des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 23. Oktober 2020

Die Antragsunterlagen sind vorab per E-Mail an die Bezirksregierung Münster zu übersenden. Die Adresse des Funktionspostfachs lautet: Investitionsfoerderung-Pflegeschulen@brms.nrw.de

Anlage(n):

Sofern zutreffend: Schriftliche Erklärung des Vermieters

1. Antragstellerin/Antragsteller	
Name des Schulträgers (samt vertretungsberechtigtem Organ):	
Anschrift des Schulträgers:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)

Bankverbindung	IBAN
	BIC
	Bezeichnung des Kreditinstituts
Name/Bezeichnung der staatlich anerkannten Pflegeschule	
Anschrift der Pflegeschule:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)

2. Maßnahme(n) und beantragte Billigkeitsleistung

Die Billigkeitsleistung wird für folgende Maßnahme(n) eingesetzt:

- Modernisierung von Lehr- oder Übungsräumen für den theoretischen und praktischen Unterricht
- Energetische Modernisierungsmaßnahmen bspw.:
 - Austausch der Fenster
 - Erneuerung des Daches
 - Fassadenerneuerung
 - Erneuerung der Hausinstallationen
- _____
- Sanierung oder Umbau von Lehr-, Funktions- und/oder Waschräumen

- Digitalisierungsmaßnahmen, bspw. Hardwareausstattung für den Lehrkörper
- Andere Maßnahme:
- _____
- _____

Die Höhe der beantragten Billigkeitsleistung sowie die Ermittlung sind der nachstehenden Berechnung zu entnehmen.

Anzahl belegter Schulplätze ¹ der Pflegeschule (insgesamt) zum Stichtag 30.06.2020	pauschalierter Festbetrag i. H. v. 5.100 Euro	beantragte Billigkeitsleistung
	x 5.100 Euro/Platz	=

3. Erklärungen

3.1 Ich habe zur Kenntnis genommen und erkenne an, dass ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Leistung nicht besteht.

3.2 Mir ist bewusst, dass die Leistung als Billigkeitsleistung gewährt wird und im Falle einer Überkompensation (Entschädigungs-, Versicherungsleistungen) zurückzuzahlen ist.

3.3 Ich erkläre, dass die Maßnahme(n) nicht auf Grund anderer Bestimmungen gefördert werden, da die Leistung ansonsten zurückzuzahlen ist.

3.4 Ich erkläre, dass der Antragsteller/ die Antragstellerin zum Vorsteuerabzug

- berechtigt ist,
 nicht berechtigt ist.

3.5 Das für die Maßnahme(n) vorgesehene Gebäude ist angemietet:

- Ja
 Nein

¹ nach dem Pflegeberufegesetz – Teil 2 und dem Altenpflegegesetz (AltPflG). Helfer- oder Assistenzbildungen (etwa Altenpflegehilfe oder Familienpflege) oder Fortbildungsmaßnahmen sind nicht förderfähig.

Bei Ja:

Ich erkläre, dass die vorgesehene(n) Maßnahme(n) mit dem Vermieter abgesprochen ist / sind, dessen Einverständnis vorliegt und die vorgesehene(n) Maßnahme(n) mit der Laufzeit des Mietvertrages korrespondiert / korrespondieren. Die schriftliche Erklärung des Vermieters ist dem Antrag beigefügt.

- 3.6 Ich erkläre, dass die Billigkeitsleistung für die Umsetzung der angegebenen Maßnahme(n) eingesetzt wird.
- 3.7 Ich erkläre, dass insgesamt _____ Schulplätze der Pflegeschule zum Stichtag belegt sind. Die Anzahl der belegten Schulplätze kann anhand von Kurslisten nachvollzogen werden.
- 3.8 Mir ist bewusst, dass bei künftiger Beantragung weiterer öffentlicher Finanzhilfen, die aufgrund dieses Antrags gegebenenfalls gewährte Leistung angegeben werden muss.
- 3.9 Ich versichere, dass im Falle der Gewährung der Leistung diese in der Steuererklärung als steuerpflichtige Einnahme angegeben wird.
- 3.10 Ich bin darüber informiert, dass es sich bei den Angaben des Antrags um subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 des Strafgesetzbuches i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) und Art. 1 des Landessubventionsgesetzes (GV. NW. 1977 S. 136) handelt. Es ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.
- 3.11 Ich erteile meine Zustimmung zur Erhebung und Verarbeitung der für die Gewährung der Leistung erforderlichen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.
- 3.12 Ich erkläre, dass die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

(Ort/Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)